Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 7-8

Artikel: Überlegungen nach dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien
Autor: Stibler, Linda
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144184

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

eigenen Interesse. Damit Sie sich jederzeit gern an Ihre Heimat erinnern. Denn, sehen Sie, in einem Land wie der Schweiz beginnen sich schnell einmal die Relationen zu verschieben. Da empfinden Sie plötzlich als unzumutbar, was Ihnen ein Leben lang selbstverständlich war. Davor wollen wir Sie bewahren. Und in einer Welt, in der unsere schweizerischen Gefängnisse gemütlicher sind als Ihr Zuhause, müssen wir auch schon mal Massnahmen ergreifen, die andere Notrecht nennen würden. Um die Attraktivität unseres Landes zu senken. Damit sich die Spreu vom Weizen trennt. Das heisst, Ausländerinnen und Ausländer müssen bei uns so behandelt werden, wie es ihnen vertraut ist. Obdachlose schlafen im Freien. Wer aus der Sahelzone kommt, erhält nichts zu essen. Flüchtige aus faschistischen Diktaturen werden gefoltert. Und wer vor einem Krieg wegläuft, wird ausgebombt. Dann haben unechte Flüchtlinge ein für allemal keinen Grund mehr, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen. Weil sie vom Regen in die Traufe gerieten.

Helfen Sie mit, eines der letzten Paradiese dieser Erde zu bewahren. Gehen Sie sobald als möglich dahin zurück, wo Sie herkommen. Und erzählen Sie Ihren Landsleuten, wie die Schweiz wirklich ist. Damit sie so bleibt, wie wir und Sie sie lieben. Oder noch besser – bleiben Sie, wo Sie sind. Sparen Sie sich die beschwerliche Reise zu uns. Wir kommen gerne zu Ihnen und helfen vor Ort. Dann brauchen Sie auch keine Papiere. Und müssen sich nicht von Ihren liebgewordenen Gewohnheiten trennen. Wir kommen. Sobald die Lage sich beruhigt hat. Und wenn die Zeiten besser werden, sind Sie uns natürlich jederzeit herzlich willkommen – als Ferienreisende oder Geschäftspartner.

Das Eidgenössische Amt für Humanitäre Hilfe, Integration,
Sicherheit, Abwehr und Fremdenverkehr

Jürgmeier

Linda Stibler

Überlegungen nach dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien

Linda Stibler, die vielen von uns noch als Radiojournalistin in Erinnerung ist, macht sich im folgenden Aufsatz ihre linken und pazifistischen Gedanken zum Nato-Krieg um Kosovo. Völlig unpolemisch fragt sie sich, warum betroffenes Schweigen, wenn nicht Scham über diesen Krieg, viele Menschen befällt. Von Euphorie über den Sieg ist weit und breit nichts zu spüren. Auch die Basis der sozialdemokratischen oder links-grünen Regierungen, die diesen Krieg zu verantworten haben, ist kaum davon zu überzeugen, dass Menschenrechte sich durch Bomben verwirklichen lassen. Die Risse gehen durch Parteien, Familien, Freundschaften. Die Autorin berichtet auch von einem «Appell gegen den Krieg in Europa» und von ihren Erfahrungen beim Sammeln von Unterschriften. Linda Stibler hat leider recht: Dieser Krieg bedeutet eine schwere Hypothek für Europa – und für die Schweiz. Zur Chance könnte er nur werden, wenn er ein Bewusstsein von der Notwendigkeit nichtmilitärischer Konfliktlösungsstrategien zur Folge hätte. Red.

Risse durch Parteien, Familien, Freundschaften

Vor knapp vier Jahren wurde das *Ende des Zweiten Weltkriegs* feierlich begangen. An den Gedenkanlässen fehlte es nicht an allseitigen Beteuerungen, alles daran zu setzen, um zukünftige Kriege zu vermeiden. Heute herrscht wieder Krieg in Europa, auch wenn das vor wenigen Jahren nicht denkbar gewesen wäre.

Spätestens seit den Verhandlungen in Rambouillet stand die Androhung dieses Krieges im Raum. So richtig daran glauben wollte jedoch niemand. Deshalb war der Beginn der *Nato-Angriffe* auf Jugoslawien für die meisten Leute überraschend und erschreckend. Zwar waren die einen erleichtert, dass endlich «etwas» getan wurde gegen die permanenten *Menschenrechtsverletzungen* der jugoslawischen Polizei und Armee und der serbischen Milizen im Kosovo. Andere verspürten ein grundsätzliches Unbehagen, unterdrückten aber fürs erste die Zweifel am Erfolg und an der Rechtmässigkeit dieses Nato-Einsatzes, um ja nicht in den Verdacht zu geraten, die Menschenrechtsverletzungen bagatellisieren zu wollen.

Tatsächlich – und das ist ein markanter und vielleicht hoffnungsvoller Unterschied zu vorangegangenen Kriegen – wollte beim gewöhnlichen Volk in Europa und auch in der Schweiz *keine echte Begeisterung* aufkommen, obwohl zu Beginn dieses Krieges die Medien das Vorgehen der Nato zu rechtfertigen versuchten und die Kriegsnachrichten nach diesem Muster ausgewählt wurden.

Die Europäer aller Länder starrten in den Fernsehkasten und nahmen die Bilder der Bombardements gegen Jugoslawien und die Nachrichten über Vertreibungen, Massenmorde und Greueltaten zur Kenntnis. Vielleicht tauchten da und dort Schadenfreude und Genugtuung auf. Ich wage jedoch zu behaupten, dass sich die meisten Leute in einer Art Schockzustand befanden und wie gelähmt waren. Auch das gehört zum Sonderbaren in diesem Krieg: Die Menschen schweigen. Am liebsten wird darüber nicht gesprochen; man vermeidet es, Stellung zu beziehen.

Nur ganz wenige Intellektuelle und Künstler wagten ein mutiges Wort. Die linken und grünen Parteien solidarisierten sich vorschnell mit dem Nato-Entscheid – schliesslich waren es massgebend *sozialdemokratische Regierungen,* die ihre Zustimmung gegeben hatten. Doch bald schon mussten die Parteizentralen feststellen, dass ihre Basis zum Teil ganz anderer Meinung ist. Und man spürt plötzlich *Risse* durch Parteien, Gemeinschaften, Freundschaften, Familien. Es geht nicht um Meinungsverschiedenheiten; es geht um Wesentlicheres.

«Appell gegen den Krieg in Europa»

In der *Schweiz* dürfte man sich eigentlich bequem zurücklehnen. Man hätte ja durchaus froh darüber sein können, dass die Schweiz und ihre politisch Verantwortlichen diesen Kriegsentscheid weder mittragen noch mitverantworten müssen. Die Sachlage ist jedoch nicht so einfach. An den *Versäumnissen,* die zu diesem Krieg führten, hat auch die Schweiz einen Anteil. Und auch am *Schaden,* den diese Nato-Intervention verursacht, wird unser Land ebenso mittragen und mitleiden. Also stellt sich unsere Situation doch nicht wesentlich anders dar als im übrigen Europa.

Umso mehr wäre es an der Zeit, das Schweigen zu überwinden. Es braucht – leider – Mut, sich öffentlich gegen diesen Nato-Krieg auszusprechen. Trotzdem haben es einzelne versucht. Ich selbst beteiligte mich in einer Gruppe engagierter Personen mit einen «Appell gegen den Krieg in Europa». Wir wollten damit einen Anstoss zur nötigen Diskussion geben. In den unzähligen Gesprächen, die während der *Unterschriftensammlung* geführt wurden, stiessen wir als Erstunterzeichnete einerseits auf erleichterte und spontane Zustimmung. Viele Angesprochene waren froh, ihr Unbehagen erstmals zum Ausdruck bringen zu können. Manche wunderten sich über die Unschlüssigkeit von Parteien, Frauen- und Friedensorganisationen.

Doch wir stiessen auch auf heftige Ablehnung. Sollten wir uns wundern, dass wir als dümmliche Helfershelfer von Milosevic, als verkappte Altkommunisten oder einfach als naive Idealisten tituliert wurden? Am meisten erstaunten uns die geharnischten Reaktionen mancher ehemals *Friedensbewegter* – vielleicht weil sie selbst bei der ersten realen Herausforderung kapituliert haben und wieder in die alten Muster von Gewalt zurückfielen. Aber es geht nicht um Rechthaberei. Es kann auch nicht darum gehen, innerhalb der Linken in diesem Meinungsstreit Machtkämpfe aufkommen zu lassen. Dies zu betonen, ist mir als entschiedener Gegnerin dieses Nato-Krieges besonders wichtig. Fürs erste geht es darum, Fragen zu stellen und Antworten darauf zu finden.

Können Menschenrechte mit Bomben durchgesetzt werden?

Die *zentrale Frage* scheint mir zu sein: Können Menschenrechte mit Bomben durchgesetzt werden? Sind Kriege – und insbesondere Kriege mit moderner Waffentechnik – nicht selbst eine Menschenrechtsverletzung?

Wie kann man denn einen Gegner davon überzeugen, dass es um das *Existenzrecht aller Menschen* geht, wenn man eine Maschinerie der Zerstörung gegen zivile Ziele in Gang setzt, die keine Rücksicht auf menschliche Opfer nehmen kann? In Bombenkriegen der neuen Art ist der Anspruch auf Moral zum vorneherein pervertiert. Die wirtschaftlich stärkeren und waffentechnisch besser ausgerüsteten Kontrahenten werden den Gegner in die Knie zwingen, ohne eigene Opfer beklagen zu müssen. Sie brauchen keine Argumente und keine Überzeugungskraft.

Gehört es nicht zum *Wesen des Krieges,* dass man ihn *moralisch* begründen will, um ihn legitimieren zu können? Unsere Geschichte ist voller grausiger Beispiele. Müsste man angesichts dieser Erkenntnis nicht besonders hellhörig werden?

Im Krieg gegen Jugoslawien wurde *Hitlerdeutschland* als Vergleich herangezogen. Dieser Vergleich hinkt in vielerlei Beziehung. Allein schon von der Bedrohungslage für die übrigen Länder gibt es keinerlei Parallelen. Am rassistischen und nationalistischen Charakter der derzeitigen Machthaber in Jugoslawien besteht kein Zweifel. Ebensowenig an den unmenschlichen Vertreibungen von Abertausenden von Kosovo-Albanern in den letzten Jahren. Nie aber war das erklärte Ziel die Volksvernichtung, wie es Hitlerdeutschland gegenüber den Juden verfolgte.

Der Konflikt zwischen Albanern und Serben hat *historische Wurzeln,* die noch in die jüngste Zeit des Zweiten Weltkriegs zurückgreifen. Auch damals gab es Vertreibungen, aber in umgekehrter Richtung und im Bündnis mit den italienischen Faschisten und dem nationalsozialistischen Deutschland. Weshalb wurden diese Hintergründe ausser acht gelassen und zum Teil totgeschwiegen?

Im sogenannten Informationszeitalter sind die Leute lausig und lückenhaft informiert. Das hat mit der *Amerikanisierung unserer Medienkultur* zu tun. Ganz zu schweigen von den eingeschliffenen Zensurmechanismen in Jugoslawien selbst.

Die UNO neu überdenken

In einer medial immer näherrückenden Welt ist es unerträglich, permanente Menschenrechtsverletzungen einfach hinnehmen zu müssen. Das gilt heute über alle nationalen Grenzen hinweg. Das Völkerrecht und die UNO würden es indessen nicht erlauben, bei einem internen Konflikt eines souveränen Staates militärisch einzugreifen. Genügt das heutige Völkerrecht überhaupt noch? Sollten nicht auch die Strukturen der UNO neu überlegt werden, nachdem der kommunistische Ostblock nicht mehr existiert? Das *Vetorecht* zum Beispiel schützt überall auf der Welt Regierungen, die Menschenrechte verletzen.

Bezogen auf die heute geltenden internationalen Rechtsnormen ist die Nato-Intervention in Jugoslawien vielleicht erklärbar, aber rechtlich nicht haltbar. Es steht zu befürchten, dass sich ein derartiges *wider-*

rechtliches Verhaltensmuster einspielt und die Nato über den Kopf anderer Staaten hinweg überall dort eingreift, wo sie es für richtig erachtet und es ihr politisch passt.

In diesem Zusammenhang lässt sich auch fragen, wie denn die immerhin *demokratischen Länder* ihre Zustimmung zu diesem Einsatz legitimieren wollen. Die Menschen in den europäischen Ländern sind nicht gefragt worden. Und die Entscheide waren gefällt, bevor sich noch jemand zur Wehr setzen konnte. Auch das gehört zur Logik des Krieges: Er ist in seinem Wesen *undemokratisch*. Und daher ist es von grösster Bedeutung, dass dieser Nato-Bombenkrieg nicht hinterher mit Begeisterungsstürmen legitimiert wurde.

Wie aber rechtfertigt sich der *Führungsanspruch der USA* in diesem Krieg, in dem es um die Völkergemeinschaft in Europa geht? Zweifellos haben die Vereinigten Staaten völlig andere Interessen. Ihnen geht es in erster Linie um eine Weltmacht-Demonstration, letztlich aber auch um die wirtschaftliche Konkurrenz zu einem erstarkten Europa. Der *Sturz des Euro* zu Beginn des Krieges war ein deutliches Zeichen. Es ist zweitrangig, ob die angeschlagene Regierung Clinton mit diesem Kriegseinsatz ihr Image aufpolieren wollte. Nicht zu vernachlässigen jedoch ist die Tatsache, dass die amerikanische Waffenindustrie in grossem Ausmass profitiert hat.

Eine schwere Hypothek

Europa ist von diesem Krieg in einer ganz anderen Weise betroffen. Es wird die Nachwehen in mancherlei Hinsicht noch über lange Zeit zu spüren bekommen. Die Folgekosten sind für alle europäischen Staaten enorm. Die Gefahren einer Ausweitung dieses Krieges zu einem Flächenbrand oder einem andauernden schwelenden Konflikt sind zwar vorderhand gebannt, können aber noch in keiner Weise ausgeschlossen werden. Wie denn, könnte man sich fragen, kommen europäische und sozialdemokratische Regierungen dazu, ihre Zustimmung zu einem derartigen Militäreinsatz zu geben? Und wie kann verhindert werden, dass *Bombeneinsätze* gegen zivile Einrichtungen und *gegen die Zivilbevölkerung* zum normalen Verhaltensmuster in andern Konflikten werden?

Schliesslich bleibt noch die Frage offen, ob nicht im Vorfeld dieses Krieges die andern Länder – vorab die europäischen Staaten und ihre Regierungen – Fehler begangen respektive Versäumnisse zu verantworten haben. Weshalb wurden die *wirtschaftlichen Sanktionsmassnahmen* nicht mit letzter Konsequenz durchgezogen? Warum hat man die wirtschaftliche Not im Balkan so lange ignoriert? Immer redet man von ethnischen und religiösen Konflikten. Ihren Nährboden haben sie letztlich in der *sozialen Not* der Menschen. Es ist vielleicht müssig, sich heute über die Versäumnisse der Vergangenheit den Kopf zu zerbrechen. Entscheidend ist, wie die *Wiederaufbauhilfe* für den Kosovo und auch für Jugoslawien aussehen wird. Man könnte neue Wege beschreiten und zum Beispiel kleinräumige Wirtschaftshilfe leisten, die an demokratische Anforderungen oder an die Einhaltung der Menschenrechte gebunden wird. Voraussetzung dazu wäre allerdings, dass die Hilfe grossherzig und ohne Seitenblick auf eigene Absatzmöglichkeiten erfolgte.

Der Krieg gegen Jugoslawien hat knappe vier Monate gedauert. Und trotz allen gegenteiligen Beteuerungen verhandelt man wieder mit dem Kriegsverbrecher Milosevic. Das hätte man wahrhaftig auch ohne Krieg haben können, wie die erst nachträglich bekanntgewordenen Zusatzprotokolle von Rambouillet belegen. Die serbische Führung hat in die Besetzung Kosovos eingewilligt, ob dort die Respektierung der Menschenrechte garantiert werden kann, wird die nächste Zukunft zeigen. Die Nato hat den Krieg zwar nie erklärt; sie erklärt ihn jetzt als beendigt. Zu Ende ist dieser Krieg damit noch lange nicht. Er wird für Europa – und auch für die Schweiz – eine schwere Hypothek bleiben. Zur *Chance* könnte er höchstens werden, wenn man sich für die Zukunft klar darüber wird, dass es neue *nichtmilitärische Konfliktlösungsstrategien* braucht.